

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Tholen,
sehr geehrter Herr Beigeordneter Dahlmanns,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger**



Bezugnehmend auf meine Haushaltsrede im letzten Jahr mit dem
Schlußsatz: „Wir stimmen dem Haushalt nicht zu!“, fang ich diesmal mit dem
Satz an: „ **Die Freien Wähler stimmen dem Haushalt 2017 zu!** “

Der Grund für die Ablehnung des Haushaltes 2016 war allein die
Veranschlagung von etwa 350.000€ für ein Bürgerhaus in Stahe.

Wie sich jetzt herausstellte, waren unsere Bedenken nicht aus der Luft
gegriffen. Die unklare Finanzlage der Dorfgemeinschaft, der ungünstige
Standort und die insgesamt verschwommenen Vorstellungen von einem
Bürgerhaus haben wohl erst seit der Gründung einer Dorfgemeinschaft
wieder zu neuen, sehr abgespeckten Planungen geführt.

Der Haushalt 2017 ist ausgeglichen und wie in jedem Jahr vorsichtig
veranschlagt worden – positive Überraschungen sind nicht ausgeschlossen!
Im Gegensatz zu unseren Nachbargemeinden haben wir sogar noch Geld auf
der „hohen Kante“.

am Stichtag 11.November 2016 : 10,8 Mill. Euro

Unser Dank gilt also unserem sparsamen Kämmerer Gerd Dahlmanns und
auch unserem Bürgermeister Bernhard Tholen mit seiner „Mannschaft“,
die umsichtig mit Ausgaben umgegangen sind.

Der Haushalt umfaßt Gesamtaufwendungen von 23,7 Mill. Euro gegenüber

Erträgen von etwa 22 Mill. Euro, wobei die Transferleistungen wieder fast mit der Hälfte der Aufwendungen zu Buche schlagen. Sehr erfreulich ist die erneute Steigerung von 100.000 Euro bei den Gewerbesteuerereinnahmen. Da der Fehlbetrag von etwa 1,7 Mill. Euro der Ausgleichsrücklage entnommen werden kann, gilt der Haushalt als „ **fiktiv ausgeglichen.**“

Hoffen wir, dass diese Entwicklung noch einige Jahre anhält!

Der größte Unsicherheitsfaktor bezüglich Planung und Geldausgaben liegt auch nach Meinung der Freien Wähler, wie vom Fraktionsvorsitzenden der UB in der Haushaltsberatung schon angesprochen, in der Vorfinanzierung der westlichen Umgehungsstraße, der EK 13/EK 17.

Fördergelder dazu vom Kreis können nur fließen, wenn der Kreis neue Landeszuweisungen erhält – im Augenblick ist diese Kasse leer!

Genauso unsicher sind die Vorhersagen bezüglich der Flüchtlinge, schaut man auf die EG und die unklare politische Haltung der Türkei. Das im August 2016 verabschiedete Integrationsgesetz sieht eine 3-jährige ortsgebundene Wohnsitzauflage nach Anerkennung vor.

Das wird auch in der Gemeinde Gangelt Veränderungen mit sich bringen – es wird speziell an geeignetem Wohnraum mangeln. Bislang blieben junge, ledige Männer nicht gerne in unserer Gegend – sie bevorzugten den schnellen Umzug in größere Städte.

Künftige Sozialausgaben abzuschätzen ist deutlich schwerer geworden. Deshalb verstehen wir unseren Kämmerer und ergänzen seine klugen Sprüche mit: **Vorsicht ist die Mutter der Porzellankeule!**

Zur Aufstellung des Haushaltsplanes ist nur noch folgendes anzumerken: Die Verwendung von Kennzahlen, wie in der Haushaltsrede 2016 vorgeschlagen, ist in Anfängen dankenswerterweise erfolgt. Dies könnte bezüglich der Aussagekraft, Zuordnung und Transparenz in Zukunft durchaus verfeinert werden! Ein erläuternder Text und produktscharfe Formulierungen wären öfter wünschenswert.

Da solch ein guter Haushaltsplan einer Opposition nicht viel Angriffsfläche bietet, nenne ich jetzt einige Punkte, die uns Freie Wähler nach wie vor bedenklich stimmen – man kann aber auch sagen, die uns ärgern!

Noch immer stellen wir fest, dass wichtige Informationen für die Ausschüsse im Vorfeld manchmal nur bei den beiden großen Fraktionen des Gangelter Gemeinderates landen. Es kann aber nicht angehen, dass dies allenfalls durch eine „Dauerbelagerung“ der Verwaltung bzw. tägliche Anwesenheit im Rathaus erreicht werden kann.

Ich erinnere hier an die nicht weitergegebene Stellungnahme vom Heinsberger Verkehrsamt zur Sachlage Einhardstraße, die der Fraktionsvorsitzende der CDU rein „zufällig“ im Vorzimmer des Bürgermeisters gelesen hatte.

Sie, Herr Tholen, haben sich immerhin dafür entschuldigt, die Unterlagen nicht auch den anderen Fraktionen zugeleitet zu haben.

Der entsprechende Artikel und die passende Karrikatur dazu in der Geilenkirchener Zeitung haben den Freien Wählern gut gefallen!

Bei der Neuordnung der Parkplätze in Gangelt wäre unserer Meinung nach mehr Transparenz und Bürgernähe wünschenswert gewesen.

Die FW hätten sich gerne an der Planung beteiligt.

Verstanden haben wir auch nicht, dass bei dem Bauvorhaben eines Mehrfamilienhauses am Paulsgäßchen in Birgden, die benachbarten Bewohner der Einfamilienhäuser nicht schon im voraus mit ins Boot genommen wurden. Man hätte damit gezeigt, dass auch Bürgerinteressen von Bedeutung sind - vor allem, weil es sich ja um das Bauvorhaben eines Gemeinderatsmitgliedes handelte. Außerdem wären dann sicher auch schon die 1992 vereinbarten Bedingungen beim Kauf der Grundstücke zur Sprache gekommen. Einerseits hätte der Investor überflüssige Architektenhonorare einsparen können und andererseits wäre den Anliegern wahrscheinlich viel Ärger erspart geblieben.

Bürgernähe und Vertretung von Bürgerinteressen sehen anders aus!

Ein Knackpunkt in Gangelt ist seit geraumer Zeit die Sittarderstraße!

Die erhoffte Entlastung durch die geplante EK13/17 läßt noch auf sich warten.

Dem Antrag der FW an die Verwaltung, aktiv zu werden und sich wenigstens um eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30km/h zu bemühen, fand keine Mehrheit. Die extreme Gefährdung durch sehr hohes Verkehrsaufkommen, vor allem auch Schwertransporter, wurde wohl im Vergleich zur „gefährlichen“ Einmündung der Hastenrather Straße auf die B56 **nicht als so gravierend** angesehen!

Eine peinliche Vorstellung wurde allerdings bei der Nennung eines Namens zur Wahl des neuen Ortsvorstehers für den Gemeindebezirk Stahe - Niederbusch - Hohenbusch seitens der CDU geboten. Zweimal wurde der Tagesordnungspunkt mangels eines Kandidaten verschoben. Dabei waren so viele Zuhörer, wie noch nie vorher zu einer normalen Gemeinderatssitzung, erschienen. Sie wollten den, ihrer Meinung nach geeigneten Kandidaten Rainer Mansel unterstützen. Leider hatte der das falsche Parteibuch, und sie zogen unverrichteter Dinge wieder ab.

Das Ende vom Lied – im dritten Anlauf wurde er doch Ortsvorsteher!

Kein besonderes Feingefühl zeigte die CDU auch bei dem Antrag der UB, in der Einhardstraße und der Wolfsgasse zusätzlich zur vorhandenen Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30km/h, weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen zu beschließen. Geschwindigkeitsmessungen hatten ergeben, dass fast 85% der Autofahrer zu schnell unterwegs waren.

Uns völlig unbegreiflich, schlug der Fraktionsvorsitzende der CDU statt verkehrsberuhigender Maßnahmen die Aufhebung der Begrenzung vor. Begründung: Da sowieso zu schnell gefahren wird, sollten auch dort die innerortsüblichen 50km/h gelten. Dieser Vorschlag wurde allerdings von der Mehrzahl der Ratsmitglieder als lächerlich abgelehnt.

Der Beschluss, nur in gekennzeichneten Parkbuchten das Parken zu erlauben, soll jetzt zeigen, ob sich diese Regelung bewährt!

Schließen möchte ich, wie auch schon zu Beginn meiner Rede, mit der Erwähnung erfreulicher Resultate.

Der Antrag der FW im letzten Jahr, der Rat möge eine Resolution zur Abschaltung des Pannenreaktors Tihange beschließen, haben danach noch viele andere - Städte, Kommunen und Organisationen - gestellt. Ihre sofortige Bereitschaft, trotz Einwände der CDU diesen Brief zu schreiben, hat uns, um es nochmals zu betonen Herr Tholen, sehr gefreut.

Mit dem einstimmigen Beschluss dazu können wir uns durchaus als einen der Vorreiter solcher Aktionen bezeichnen. Ich denke, dass sogar Herr Dammers inzwischen mit seiner offensichtlichen Affinität zum Fußball durch das Tihange-Tivoli Spiel von der Wichtig- und Richtigkeit dieses Schreibens überzeugt ist! Das Thema Tihange wird im Moment fast täglich in den Zeitungen behandelt und die Gemeinde Gangelt wäre natürlich im Falle eines Reaktorunglückes extrem gefährdet.

Noch ein anderer Beschluss hat nicht nur die Freien Wähler sondern auch die meisten Minderangeler Bürger erfreut!

Der Verkauf eines sehr großen Gemeindegrundstückes an einen Gewerbebetrieb für einen lächerlichen Preis kam wegen Einspruchs der FW und der UB nicht zustande. Diese Fläche wurde im neuen Flächennutzungsplan, vorgestellt am 03.05.2016, als Grünfläche zum Schutz zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft ausgewiesen. Dasselbe trifft auf die schon einmal angedachte Umwandlung einer Grünfläche in Parkplätze für die gerontopsychiatrische Einrichtung der Heinrichsgruppe in Minderangelt zu. Das inzwischen schön gestaltete und durch den Bauhof gepflegte Dreieck bleibt eine Parkanlage.

In beiden Fällen bestätigte uns Herr Mevissen diese Planung!

Und last not least -

Nach einem einstimmigen Beschluss hat die

Gemeinde Gangelt jetzt auch einen Behindertenbeauftragten!

Abschließend nochmals unser Dank an alle, die dazu beigetragen haben, dass Gangelt als „Musterschüler“ der Region in der Geilenkirchener Zeitung bezeichnet wurde.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Gangelt, 08.12.2016

Helga Heinen
(Fraktionsvorsitzende)